

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 1,4
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste Nr. 6482.

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlungs- und
Zahlstellen-Anzeigen bis
3 gefaltene Kolonnen-Zeile
60 J.
Geschäftsanzeigen werden
nicht angenommen.

Verlag von H. Grevy,
Druck von C. H. Metzger & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover.
Redaktionslokal: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaitraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Die Verbandstreue im Jahre 1915.

Es ist eine handgreifliche Selbstverständlichkeit, daß 1 1/2 Jahre Weltkrieg nicht spurlos an den Gewerkschaften vorübergehen können. Nicht nur das ist selbstverständlich, daß die Reihen der Gewerkschaften durch die Einziehung zahlreicher Mitglieder zum Kriegsdienst gelichtet werden. Auch die Hemmung der gewerkschaftlichen Werbetätigkeit, die Minderung der Agitationserfolge ist eine natürliche Folgeerscheinung des Krieges. Das ist hier allerdings schon sehr oft und eindringlich gesagt worden, aber es gibt Dinge, die man immer wieder sagen muß, um ihnen Beachtung zu verschaffen. Es gibt nämlich immer noch Kleingläubige in unsern Reihen, die auch durch die glänzende Bewährung der Gewerkschaften in der Kriegszeit noch nicht von allen Zweifeln befreit sind, die immer wieder ängstlich aufstöhnen, wie der Krieg uns geschadet hat, und daraus allerhand Befürchtungen für unsere Zukunft ableiten.

Es gibt aber auch Leute, die einen Zusammenbruch der Gewerkschaften nicht fürchten, sondern wünschen. Denen muß immer wieder gesagt werden, daß ihre Hoffnungen und ihre Wünsche, die sie auf den Rückgang der Gewerkschaften gründen, eitel Schäum sind. Die auf Täuschung berechneten Zahlen der gelben Presse über den „Mitgliederchwund“ in den Gewerkschaften mögen urteilslose Menschen irreführen können, einschlägige werden nur bedauernd lächeln über die Versuche, die zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder einfach als Verlust einzuzählen. Sedenfalls haben wir den kuriosen Jubel gewerkschaftsfeindlicher Blätter über die Mitgliederverluste in einigen freien Verbänden mit sehr heiteren Gefühlen — so weit man in der gegenwärtigen Zeit überhaupt von heiteren Gefühlen reden kann — aufgenommen, obwohl der Fabrikarbeiterverband ausdrücklich mit angeführt war. Zu solchen Gefühlen hatten wir gute Gründe. Wenn die Entwicklung der Gewerkschaften in der Kriegszeit eins beweisen hat, so dies: daß die gewerkschaftlichen Organisationen ein unentbehrlicher Bestandteil unseres Wirtschaftslebens sind und als solcher weder ausgerottet werden noch untergehen können. Es wäre recht gut, wenn nicht nur die Anhänger und Freunde, sondern vor allem auch die Gegner unserer Bewegung sich das zur Notiz nehmen würden.

Der Verband der Fabrikarbeiter hat unter den Wirkungen des Krieges weit weniger gelitten, als den Umständen nach zu befürchten war. Die Annahme, daß der Verband, als Organisation der ungelerten Arbeiter, sich weniger festgesetzt zeigen würde als die übrigen Verbände, hat sich erfreulicherweise als irrig erwiesen. Unsere Mitgliederverluste stehen eher unter als über dem Durchschnitt und unser Verbandsgelände ist, allen widrigen Umständen zum Trotz, durchaus intakt geblieben. Unsere Kassenverhältnisse sind durchaus gesund, obwohl wir wiederholt mit den Verbandsleistungen weit über die im Statut begründeten Verpflichtungen hinausgegangen sind. Damit soll gewiß nicht bestritten sein, daß uns der Krieg schwere Wunden geschlagen hat, sondern nur, daß diese Wunden unheilbar oder gar tödlich sind, wie unsere Gegner gern glauben machen wollen. Wir haben seit Beginn des Krieges viel Gewicht darauf gelegt, über die Vorgänge im Verbandsgebiet, besonders über die Zahl der Eingezogenen, der Kranken und Arbeitslosen, der ausgeschiedenen und der neu eingetretenen Mitglieder immer auf dem laufenden zu bleiben. Unsere Zahlstellen beziehen über die wichtigsten Veränderungen wöchentlich, über andre monatlich und über ihre Kassenabrechnung vierteljährlich. Diese Berichterstattung läßt noch manches zu wünschen übrig, aber sie ist doch umfassend und genau genug, um einen freien Ueberblick über die Lage im Verbandsgebiet zu ermöglichen. Die wichtigsten Zahlen aus den Berichten werden auch allwöchentlich, andre vierteljährlich im Verbandsorgan bekanntgegeben, so daß alle Mitglieder Gelegenheit haben, sich darüber zu unterrichten, wie der Krieg auf den Verband einwirkt. Während z. B. die Presse der gelben Verbände zwar lange Artikel über erdichtete Verluste der Gewerkschaften bringt, über den eigenen Mitgliederstand aber in allen Sprachen schweigt, halten wir unsere Mitglieder stets unterrichtet. Heute wollen wir die laufend gegebenen Zahlen durch eine Uebersicht für den Schluß des Jahres 1915 ergänzen.

Zu Beginn des Krieges hatte der Verband in 528 Zahlstellen 181 812 männliche und 25 898 weibliche, zusammen 207 710 Mitglieder. Am Schluß des Jahres 1915, also nach 17 Monaten Weltkrieg, hatten wir nur noch 480 Zahlstellen. 48 waren eingegangen oder mit andern verschmolzen. Mitglieder hatten wir noch 67 026 männliche und 19 093 weibliche, zusammen 86 119; das heißt, wenn wir die zum Kriegsdienst eingezogenen Kollegen nicht mehr als Mitglieder zählen. Nun sind diese zwar zurzeit aus dem Verbande ausgeschieden, aber es ist gar keine Frage, daß sie uns nicht dauernd verloren sind, daß sie vielmehr schon darauf brennen, nur recht bald wieder in unsern Reihen eintreten und mit uns für die Organisation arbeiten zu können. Dauernd verlieren werden wir außer den Braven, die gefallen oder dauernd sich geworden sind, voraussichtlich nur ganz wenige von denen, die jetzt im Kriegsdienst stehen. Sedenfalls müssen wir die Eingezogenen, wenn wir die Widerstandskraft des Verbandes in der Kriegszeit abhaken wollen, als noch vorhandene Mitglieder einrechnen. Nun waren am Schluß des Jahres 1915 insgesamt

92 217 Kollegen eingezogen; zusammen mit den 86 119 noch vorhandenen sind das 178 336 gegen 207 710 bei Kriegsbeginn. Der tatsächliche Verlust in den 17 Kriegsmonaten beträgt also 29 374 oder rund 14 vom Hundert. Ein verhältnismäßig großer Bruchteil des Verlustes (8805 von 29 374) fällt auf die weiblichen Mitglieder. Bei den männlichen Mitgliedern beträgt der Verlust 12,4 vom Hundert, bei den weiblichen dagegen 26,3 vom Hundert. Die Ursachen dieser unersreulichen Tatsache sind hier wiederholt eingehend untersucht worden, so daß wir uns heute auf die einfache Feststellung beschränken können.

Der Gesamtverlust von 14 vom Hundert ist gewiß bedauerlich, aber zu Befürchtungen und Bedenken bietet er durchaus keinen Anlaß. Das Bild wird aber noch sehr viel günstiger, wenn wir betrachten, in welcher Zeit eigentlich der Verlust entstanden ist; dann zeigt sich nämlich, daß von dem Gesamtverlust mehr als zwei Drittel auf die ersten fünf Kriegsmonate entfallen. In

ganzen Jahre 1915 hat der Verband — immer abgesehen von den zum Kriegsdienst eingezogenen — noch nicht 10 000 Mitglieder verloren, also noch nicht 5 vom Hundert seines Bestandes bei Kriegsausbruch. Das ist überraschend wenig, ist viel, ungleich viel weniger, als nach den Verlusten der ersten Monate zu befürchten war. In diesen Zahlen ist allerdings nicht berücksichtigt, inwieweit die Abgänge durch Zugänge ausgeglichen wurden. Darüber liegen die endgültigen Zahlen noch nicht vor; wir werden, sobald sie vorliegen, darauf eingehen. Für heute dürfen wir uns der Tatsache freuen, daß unser Verband das Kriegsjahr 1915 über alles Erwarten gut überstanden — In der folgenden Tabelle ist nach Gauen zusammengestellt, wie sich die Mitgliederzahl seit Kriegsausbruch geändert hat und wieviel Kollegen zum Kriegsdienst eingezogen sind. Die Zahlen sind immer absolut und vom Hundert gegeben, um Vergleiche zu ermöglichen und den Ueberblick zu erleichtern.

Gau Nr.	Gau	Zahlstellen	Stand am 1. August 1914			Zahlstellen	Stand am 1. Januar 1916			vom 1. August 1914 bis 1. Januar 1916 sind		mehr Mitglieder ausgetreten als eingetreten					
			Mitglieder				Mitglieder			zum Here eingezogen		als eingetreten					
			männl.	weibl.	zus.		männl.	weibl.	zus.	absolut	% der männl. Mitgl.	absolut	%	absolut	%		
1	Hannover	47	13 640	2 811	16 451	43	5 325	2 317	7 642	6 736	49,4	1 579	11,5	504	17,7	2 083	12,6
2	Magdeburg	4	20 279	1 361	21 640	18	7 543	1 077	8 620	11 072	54,6	1 614	8,2	284	20,8	1 948	9,0
3	Berlin	45	14 200	1 222	15 422	42	5 878	756	6 634	6 872	48,4	1 450	10,2	456	38,1	1 916	12,4
4	Stettin	41	11 365	428	11 793	43	4 648	352	5 000	5 160	45,4	1 558	13,7	76	17,8	1 634	13,8
5	Danzig	16	4 552	183	4 735	19	877	56	933	2 276	50,0	1 399	30,7	127	69,4	1 526	32,2
6	Bre-lau	37	8 052	1 337	9 389	29	2 931	1 003	3 934	4 597	57,1	1 064	13,2	354	37,6	1 445	15,3
7	Dresden	49	26 782	5 415	32 197	47	10 355	4 333	14 688	13 739	51,3	2 685	10,0	1 112	20,4	3 800	11,7
8	Erfurt	40	9 151	826	9 977	36	2 975	681	3 656	4 703	51,4	1 473	16,0	145	17,5	1 618	14,2
9	Hannberg	25	7 379	2 795	10 174	21	2 553	1 909	4 462	4 533	61,3	603	8,1	893	31,2	1 496	14,7
10	Königsberg	19	6 604	2 712	9 316	17	2 532	2 255	4 787	3 288	49,8	784	11,8	457	16,8	1 241	13,3
11	Stuttgart	32	6 689	1 319	8 008	29	2 256	858	3 114	3 190	47,7	1 243	18,5	461	34,9	1 704	21,2
12	Wuppertal	23	7 827	519	8 346	20	2 415	241	2 619	4 481	57,3	925	11,8	283	55,6	1 213	14,5
13	Frankfurt a. M.	23	9 552	723	10 275	22	3 153	361	3 520	5 158	54,0	1 233	12,9	358	49,5	1 596	15,5
14	Höln	35	5 313	336	5 649	27	1 611	366	1 977	2 741	51,6	958	18,0	20	5,7	978	17,1
15	Hamburg	44	30 351	3 743	34 094	43	12 787	2 516	15 303	13 653	45,0	3 906	12,8	1 232	32,8	5 138	15,0
Gesamtmitglieder			75	4	79		18	6	24	20	25,3	37				35,7	

Im ganzen Verband: 528 | 181 812 | 25 898 | 207 710 | 480 | 67 026 | 19 093 | 86 119 | 92 217 | 50,7 | 22 569 | 12,4 | 6907 | 26,3 | 29 374 | 14,1

*) Es sind zwar 37 männliche Mitglieder mehr als eingetreten, gleichzeitig aber 2 weibliche Mitglieder mehr als ausgetreten; die Gesamtabnahme beträgt mithin nur 35 Mitglieder.

Bei Bewertung dieser Zusammenstellung, insbesondere bei Vergleich, müssen recht viele Umstände in Betracht gezogen werden. So können die erheblichen Unterschiede in dem Prozentsatz der eingezogenen Mitglieder verursacht sein durch abweichende Aushebungspraxis der Bundesstaaten oder durch die geographische Lage (Festungsgebiet, Grenzgebiet) oder auch durch die Zusammenfassung der männlichen Mitgliedschaft. Die Unterschiede im Mitgliederverlust müssen teilweise durch die geographische Lage der Gauen und durch die Wirtschaftslage erklärt werden. So ist der außerordentlich hohe Verlust im Gau 5 (Ost- und Westpreußen) ohne Frage eine Folge des Rufteneinfalles und der dadurch hervorgerufenen Flucht der Bevölkerung. Kollege Wollermann, der Vorsitzende dieses Gaues, hat ja im „Proletarier“ die Folgen dieses Einfalls für den Verband schon geschildert. Auch Gau 11, der den zweitgrößten Verlust aufweist, ist teilweise Grenzgebiet; ein kleiner Teil dieses Gaues ist ja jetzt noch von den Franzosen besetzt. Eine erhebliche Rolle spielt natürlich auch die Wirtschaftslage, vor allem der Umfang der Kriegsinindustrie. Weiter haben die Gauen, in denen viel Ausländer beschäftigt waren, einen größeren Abgang, weil diese abreißen oder interniert wurden. Bemerkenswert ist, daß nur in einem einzigen Gau der Verlust bei den weiblichen Mitgliedern geringer ist als bei den männlichen, in allen andern ist er höher, teilweise ganz außerordentlich viel höher. Auch das ist wenigstens teilweise aus der Wirtschaftslage

die für die weiblichen Arbeitskräfte dauernd ungünstiger war als für die männlichen, zu erklären; allerdings nur teilweise. Zu einem erheblichen Teil ist der betrüblich hohe Verlust an weiblichen Mitgliedern eine Folge mangelnder gewerkschaftlicher Aufklärung und Schulung der Arbeiterinnen. Daß auf diesem Gebiet in Zukunft noch mehr gearbeitet werden muß als bisher, ist hier schon oft dargelegt worden.

Die hier angeführten Zahlen sind, wie noch ausdrücklich bemerkt sei, nur vorläufige. Sie beruhen auf den wöchentlich eingelangten Berichtskarten, deren Ergebnisse auf die Mitglieder, für die nicht berichtet wurde (etwa 10 Proz.) umgerechnet wurden. Die mit den Abrechnungen eingehenden endgültigen Zahlen können um ein geringes von den hier angeführten abweichen; erheblich können diese Abweichungen jedoch nicht sein; jedenfalls nicht so, daß das hier gegebene Gesamtbild und die daraus gezogenen Folgerungen irgendwie verfälscht würden.

Wir dürfen also schon jetzt als unbedingt feststehend die erfreuliche Tatsache buchen, daß unser Verband im vollen Kriegsjahr 1915 nicht halb so viel Mitglieder eingebüßt hat als in den fünf Kriegsmonaten des Jahres 1914. Das ist ein glänzendes Zeugnis für die Verbandstreue unserer Mitglieder und eine uner-schütterliche Bürgschaft dafür, daß der Verband allen Stürmen der Zukunft gewachsen ist.

Die Gewerkschaften nach dem Kriege.*)

Es mag eigenartig erscheinen, einen hipokratischen Rückblick mit Zukunftsaussichten abzuschließen, aber wenn es gestattet ist, aus dem jetzigen Verlauf der Geschichte Schlüsse zu ziehen, so liegt dies für die deutschen Gewerkschaften um so mehr nahe, als der Weltkrieg für sie am allerwenigsten einen normalen Abschluß der Entwicklung bedeuten kann, obwohl er das Spannungsverhältnis zwischen ihnen und den Kreisen, die die innere und äußere Politik des Deutschen Reiches bestimmen, erheblich geändert hat. Zwei Fragen sind es, die in dieser Zeit vor allem Antwort erheischen: Wie wird man die Gewerkschaften nach dem Kriege behandeln und wie werden sich die Gewerkschaften dann verhalten?

Die erste Frage zu beantworten wird natürlich Sache der Regierungen sein, die für die den Gewerkschaften gegenüber beliebte Behandlung verantwortlich sind. Die Gewerkschaften haben während des Krieges dem Vaterland wichtige Dienste geleistet. Sie haben dies indes nicht, um dafür Dank oder Belohnung zu ernten, sondern sie erfüllen ihre Pflicht. Sie glaubten aber durch das Beispiel reiferer Einfügung in das Volkswohl den Beweis geliefert zu haben, daß Staatsinteresse und Gemeinwohl sich durchaus

mit der Anerkennung des Koalitionsrechts und der selbständigen Organisation der Arbeiterklasse vertragen, denn was dem Deutschen Reich in den Tagen der schwersten Gefahr von Nutzen war, das kann ihm auch im Frieden nicht abträglich sein. Und sie fordern und erwarten deshalb, daß die gesetzgebenden, beherrschenden und gerichtlichen Versuche, der Arbeiterklasse die Ausübung des Organisations- und Koalitionsrechts zu verweigern, nach dem Kriege für immer unterbleiben, daß bei allen für die Gestaltung der Rechtsverhältnisse maßgebenden Faktoren eine gerechte Würdigung der Arbeiterkämpfe Platz greift und den Arbeitern das gleiche Maß von Bewegungsfreiheit zugesprochen wird wie den Unternehmern. Sie erwarten gleiche Rechte in dem Staatswesen, in dem sie den besten in der Pflichterfüllung nicht nachstehen, dem sie in gemeinsamer Arbeit mit bevorrechteten Klassen ein neues Dasein geschaffen haben. Sie erwarten auch, daß der Aufstieg der arbeitenden Bevölkerung zur Teilnahme an der Kulturarbeit nicht mehr gehindert, sondern durch eine von sozialen Gesichtspunkten geleitete Politik unterstützt werde, damit aus den Massen des Volkes jederzeit die besten Kräfte entwickelt werden, die dem Vaterlande in guten und bösen Tagen von Nutzen sind. Sie erwarten dies nicht als Belohnung für ihr Verhalten während des Krieges, sondern aus dem wohlverstandenen Interesse des Staatswesens, das schon jetzt unsere Staatslenker zu einer Reorientierung ihrer inneren Politik veranlaßt hat.

Die Frage, welche Haltung die Gewerkschaften nach dem Kriege einnehmen werden, beantwortet sich durch das Vordringen

*) Diese Ausführungen bilden das Schlußkapitel in der von Paul Wollermann verfaßten und im Verlage der Generalkommission erschienenen Schrift „5 Jahre deutscher Gewerkschaftsbewegung“. Sie beantragt diese Gelegenheit, diese Schrift allen Mitgliedern noch einmal zur Anschaffung zu empfehlen. Sie kostet, durch die Organisation bezogen, nur 1,20 Mk. pro Exemplar, ein Preis, der unter den Verhältnissen stehen darf.

Verantwortungsbildung — einige Opposition, nachdem hat jeder Gewerkschaftsleiter den Auftrag des „Korrespondenzblattes“ erweitert. Zunächst nur Bekanntmachungen und Abrechnungen der Generalkommission, hingen Mitteilungen über Streiks und Lohnbewegungen enthielten, mußte es bald ständig Arbeit über gewerkschaftliche Fragen in sich aufnehmen. Dazu kam, daß die Statistiken der Generalkommission, deren erste schon im Nr. 28 des ersten Jahrganges erschien, alljährlich an Umfang zunahm. In gleichen Maße aber, wie die Generalkommission ihre Aufgaben vermehrte, mußte auch das „Korrespondenzblatt“ seinen Umfang erweitern. Die Gewerkschaften konnten sich im Laufe der Zeit nicht nur mit gewerkschaftlichen Fragen beschäftigen. Wirtschaftspolitische, vor allem sozialpolitische Fragen drängten mit in den Vordergrund der öffentlichen Erörterung in Gewerkschaftskreisen und verpflichteten das „Korrespondenzblatt“ zur Besprechung, nicht minder das große Gebiet der Arbeiterversicherung und des Arbeiterlohnes. Und als die internationale Gewerkschaftsbewegung sich immer mehr ausweitete, mußte auch hier das zentrale deutsche Gewerkschaftsblatt die deutsche Gewerkschaftsbewegung ausrichtend unterstützen. Die gewerkschaftliche und vereinsrechtliche Rechtsprechung, eine größere Vertiefung aus dem ganzen gewerkschaftlichen Organisationsleben, später die Besprechung des Wirtschaftsmarktes und manche andere aus der Zeit sich ergebenden Notwendigkeiten erforderten eine Besprechung im „Korrespondenzblatt“.

So ist denn auch der Umfang des Blattes mit den Jahren gewaltig gewachsen, nicht zuletzt auch durch Einführung zahlreicher Beilagen. Der Beilagenband ist heute bald so stark wie der Hauptband. Sein großer Wert liegt nicht zuletzt darin, daß er zugleich ein treffliches Nachschlagewerk ist vermöge seines guten Inhaltsverzeichnisses. Das anfänglich drei Seiten in keinem Format umfassende Blättchen erscheint heute regelmäßig 32 Seiten stark; nur während der Kriegszeit ist der Umfang vorübergehend eingeschränkt worden. Mit der Vielfältigkeit des Inhalts steigt auch die Zahl der Mitarbeiter, die jetzt im In- und Auslande etwa 300 beträgt. Und nicht allein mit dem Wachstum der deutschen Gewerkschaftsbewegung, sondern auch durch eine starke Abonnentenzahl außerhalb der Gewerkschaften ist seine Auflage enorm gestiegen. Mit 400 Exemplaren ins Leben getreten, hatte es Ende 1913 eine Auflage von 30 000.

Bis zum Jahre 1900 wurde das Blatt vom Vorsitzenden der Generalkommission, Karl Vogler, geleitet, erst nachdem wurde ein händiger Redakteur angestellt, dem 1900 noch ein zweiter zur Bewältigung der stark vermehrten Arbeiten zur Seite gestellt wurde. — Das „Korrespondenzblatt“ hat sich nicht nur bei den Gewerkschaften, sondern auch in der deutschen Stellungnahme zu einer sehr beachtenswerten Zeitschrift hinüber gearbeitet; nicht zuletzt verdankt es diese seine hervorragende Stellung seinem leitenden Redakteur Paul Umbeck, der mit vielem Fleiß und journalistischer Fähigkeit seit 16 Jahren die Redaktion des Blattes führt.

Eine Generalkommission der Angestellten-Verbände.

Wenn man die soziale Bewegung der fälschlich als „neuer Mittelstand“ bezeichneten kaufmännischen und technischen Angestellten in den letzten Jahren verfolgt, so ist nicht zu verkennen, daß sich immer mehr das Bestreben geltend macht, die zahlreichsten teils gleichartigen Verbände zu größeren Gruppen zusammenzufassen. Diese Konzentrationsbestrebungen drängen auch gleichzeitig die gerade unter den Privatangestellten so dringlich nötige grundsätzliche Klärung ein gutes Stück vorwärts. Die lebhaften Auseinandersetzungen, die anlässlich der Schaffung einer staatlichen Pensionsversicherung stattfanden, zeigten bereits die beiden Hauptströmungen, nach denen sich die Angestelltenbewegung in Zukunft gruppieren würde. Auf der einen Seite fanden sich der Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbände, der Verband deutscher Handlungsgehilfen Leipzig, der Verein der Handlungslehrlinge von 1858 und ihre Gefolgschaft zusammen, die als „Harmonieverbände“ auf ihre guten Beziehungen zu den Prinzipalen mehr Wert legen als auf ihre Interessengruppenhaftigkeit mit der übrigen Arbeiterbewegung. Auf der anderen Seite fanden der Bund der technisch-industriellen Beamten, der Zentralverband der Handlungsgehilfen mit den übrigen gewerkschaftlichen Angestelltenverbänden, die sich mit allein Maßstab für eine einheitliche Sozialversicherungsversicherung aller Arbeiter und Angestellten erheben. Die mangelnde Schweißung der Angestelltenbewegung, die damals vor sich ging, hat allmählich alle übrigen Verbände erfasst mit Ausnahme einiger weniger schwankenden Gestalten, die auch heute noch nicht recht wissen, auf welcher Seite sie stehen.

Inzwischen hat der Krieg diese ganze Entwicklung beschleunigt und das Bedürfnis eines festeren Zusammenhanges der nicht gewerkschaftlichen Verbände wird bereits in programmatischen Aussagen vom Zentralverband der 58er Vereine, Herrn Dr. Köhler, in mehreren Angestelltenzeitschriften verhandelt. Die Handlungsgehilfen, Handlungsgehilfen und Lehrlinge sollen ihre Verbände, zu einer möglichst einheitlichen Ständespaltung in mittelständischer Richtung vereinigen. Der früheren Form nach soll ungefähr nach dem Muster der Generalkommission ein Kartell der Angestelltenverbände geschaffen werden; dem Programm nach wird es abgelehnt, die Angestellten als einen Teil der Arbeiterbewegung anzusehen. Es wird zwar nicht ernsthaft bestritten, daß auch die Angestellten wirtschaftliche Interessen haben, aber ausschlaggebend sind die gesellschaftspolitischen Forderungen, in denen die Angestellten ihre besondere Würde haben müssen.

„Es darf nie vergessen werden“, so wird im „Handelsstand“ ausgeführt, „daß auch heute noch jedem tüchtigen Privatbeamten — wenn auch für viele nur in einem begrenzten Umfange — ein Aufstieg in wirtschaftlicher Beziehung möglich ist. Er kann zum mindesten dem Kapitalisten so nahe kommen, daß er sich ihm auch gesellschaftlich durchaus gleichstehend empfindet. Das ist wohl beim Arbeiter überhaupt ausgeschlossen.“

Das Bestreben, die Privatangestellten losgelöst von der Arbeiterbewegung als einen besonderen „Mittelstand“ zu sammeln, hat auch seine politischen Begleiterscheinungen. Nach Auffassung der „Mittelständischen“ werden die Privatangestellten durch das Reichstagswahlrecht „entzweit“, da ihre Zahl in den einzelnen Wahlkreisen nicht ausreicht, „um einen Ständevertreter in die politische Vertretung zu entsenden“.

In welcher Weise hier Reformen durchzuführen wären, wird einstweilen nicht klar gelegt; jedenfalls verpreisen sich die Vertreter der besondern Ständespaltung von dem geplanten Zusammenschluß eines so großen Einflusses auf die Gesetzgebung, daß damit die ungenügende politische Vertretung ausgleichend werden könnte.

Von Standpunkt der Gewerkschaften ist nichts dagegen einzuwenden, wenn sich die Harmonieverbände nach dem Kriege zu einem Bund vereinigen gegenüber der Gruppe der gewerkschaftlichen Angestelltenverbände, die in der „Arbeitsgemeinschaft für das einseitliche Angestelltenrecht“ untereinander ebenfalls bereits in näherer Fühlung stehen. So wenig man also gegen den geplanten Zusammenschluß an sich einzuwenden hat, so bezeichnend ist das ungewerkschaftliche Selbstverständnis, mit dem die „Mittelständischen“ der mittelständischen Angestelltenverbände ihr Programm begründet. Da heißt es u. a.:

„Diejenigen unter, die da glauben, daß die Befreiung der wirtschaftlichen Verhältnisse in unserem Lande nur auf dem Wege „gewerkschaftlicher“ Organisation erreicht werden kann.“

Hierzu wir aber den Privatbeamtenstand zu der reinen Arbeiterbewegung und damit zur Arbeiterbewegung schlechthin herab, so verschwinden wir als der kleinere Teil doch in der großen Masse der Arbeiter.“

Es ist gut, daß der Ständebundel innerhalb der großen kaufmännischen Verbände jetzt so deutlich ausgesprochen wird, denn damit wird den gewerkschaftlichen Organisationen der kaufmännischen, technischen und Handlungsgehilfen die Agitation wesentlich erleichtert. Die wirtschaftlichen Verhältnisse werden bei den Privatangestellten gerade noch dem Kriege die Erkenntnis reifen lassen, daß sie sich nicht nach gesellschaftlichen Angelegenheiten, sondern nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten loyaler handeln müssen. Angesichts der gehaltenen Parole „die mittelständischen“ die „Arbeitsgemeinschaft“ werden sich die denkenden Angestellten nur für eine von gewerkschaftlichen Grundsätzen geleitete Arbeiterbewegung einstellen können.

Unser Verband in der 77. Kriegswoche.

Die Verichterstattung für die 77. Kriegswoche, die den Zeitraum vom 17. bis 23. Januar umfaßt, war etwas besser als die der letzten Wochen. Es haben 302 Zahlstellen rechtzeitig berichtet. Diese hätten zusammen bei Kriegsausbruch 182 481, am letzten Tage der Berichtswoche 78 192 Mitglieder. Von den fehlenden 104 289 standen 80 765 im Wehrdienst, so daß ein Verlust von 23 524 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Arbeitslos waren in der Berichtswoche 274 männliche und 628 weibliche, zusammen 902 Mitglieder, gleich 1,2 vom Hundert. Erwerbsfähig trant waren 1206 männliche und 330 weibliche, zusammen 1536 Mitglieder. Als Erwerbslosenunterstützung wurden in den berichtenden Zahlstellen ausgegahlt: an Arbeitslose 2725 Mk.; an Kranke 10 717 Mk.; zusammen 13 442 Mk.

Für die folgenden Tabelle sind nicht die Ergebnisse der Erhebung aus den berichtenden Zahlstellen, sondern diejenigen, die wir voraussichtlich erhalten würden, wenn alle Zahlstellen Bericht erstattet hätten, zusammengefaßt. Es sind also nicht ermittelte, sondern errechnete Ergebnisse; die jedoch der Wirklichkeit ziemlich genau entsprechen dürften, weil der Bruchteil der Mitglieder, für die Berichte nicht eingegangen werden, sehr viel kleiner ist als der, für den berichtet wird.

Berichtszeit	Arbeitslos		Zum Kriegsdienst eingezogen	
	insgesamt	von je 100 Mitgliedern	insgesamt	von je 100 Mitgliedern
8. August	17 663	8,5	34 388	19,2
5. September	23 788	11,5	44 429	24,6
3. Oktober	17 529	8,3	48 875	26,4
7. November	9 233	6,3	51 561	28,4
5. Dezember	6 968	5,0	54 428	30,0
2. Januar	6 580	4,8	57 170	31,4
6. Februar	5 340	4,1	60 089	33,2
6. März	3 450	2,7	65 045	35,7
3. April	2 310	2,0	68 453	37,7
1. Mai	1 321	1,2	71 833	39,4
5. Juni	990	0,9	75 692	41,9
3. Juli	919	0,9	78 584	43,5
7. August	802	0,8	81 257	45,0
4. September	828	0,8	83 413	45,8
2. Oktober	692	0,7	85 878	47,6
6. November	632	0,7	88 579	48,9
4. Dezember	828	0,8	90 597	49,9
1. Jan. 1916	1 083	1,2	92 197	50,7
8. Jan. 1916	1 150	1,3	92 658	50,9
15. Jan. 1916	1 070	1,2	92 687	50,9
22. Jan. 1916	1 028	1,2	92 672	50,9

Berichte aus den Zahlstellen.

Hamburg. Jahresbericht. Als wir im vergangenen Jahre um diese Zeit und an dieser Stelle unser Jahresbericht veröffentlichten, sprachen wir die Hoffnung aus, daß das entsetzliche Völkerringen im Laufe des Jahres 1915 sein Ende erreichen und der Friedensschluß uns die Möglichkeit geben würde, einen zusammenfassenden Bericht über die Wirkungen des Krieges auf unsere Zahlstelle zu erteilen. Diese Hoffnung hat sich, wie so manches andre seit Ausbruch des Krieges, als trügerisch erwiesen.

Die Wirkungen der langen Kriegsdauer machten sich in verjüngterem Maße bemerkbar. Da wäre zunächst die durch Knappheit und struppeligen Wäcker verursachte enorme Verteuerung aller zur Lebenshaltung unentbehrlichen Artikel zu nennen. Mit der gesamten münderbemittelten Bevölkerung, insbesondere aber der Lohnarbeiter, litt unsere Mitglieder unter der fortwährenden Preissteigerung. Die vor Ausbruch des Krieges einseitig vom Unternehmer festgesetzten aber mit der Organisation kritisch vereinbarten Lohnsätze reichten nicht mehr in ausreichendem Maße zur notwendigen Lebenshaltung aus. An diesem unerschütterlichen Gesamtbild änderte die teilweise in der Kriegswirtschaft erzielten höheren Verdienste nichts. Im März beschäftigten sich eine Anzahl Betriebszusammenkünfte gemeinschaftlich mit der Organisationsbetreuung mit vieler Palamität. Auf Anregung der Organisationsleitung, in einem Falle des Arbeiterauswärtigen, bewilligten bis Mitte April fünf Firmen (Margarinewerke A. D. Mohr, Seifenfabrik S. Peters, Chemische Werke Reigeritz, Kaffeepurogrot und Zehnfabrik Geh. Dorschow) und sechs Handlungsbetriebe (H. Reiner u. Co.) Kriegserhaltungszulagen in Höhe von 6 bis 12 Prozent Zuschlag zum Lohn. Diefem Beispiel folgten sich im Laufe des Jahres eine Anzahl Firmen an. Soweit feststellbar, bewilligten bis zum Jahresabschluss insgesamt 24 Firmen mit 30 Betrieben für 1915 männliche und 633 weibliche Beschäftigte Leih- bzw. Lohnzulagen. Die Zulagen betragen im Durchschnitt für den einzelnen Beschäftigten 1,50 bis 5 Mk. pro Woche. Für alle 2615 Beteiligten beträgt die Aufbesserung 7108,70 Mark pro Woche oder 2,68 Mk. pro Kopf.

Unter den schon genannten bewilligten noch folgende Firmen: Chemische Produktionsfabrik A. G., Koffeinwerke E. G. Rommehöller, Farb- und Druckereifabrikumühle von Karl und Dr. Fritz Ulmer, Farben- und Lackfabrik S. D. Flügler, Reichshof, Flügler u. Böding und Witt u. Compagnie, Heringswerke Ernst Schlegmann, Mineralölwerke Stern-Sonneborn, Ernst Sahlmann, Deutsche Erdölwerke, Benzinwerke Reigeritz, Seifenfabrik George Geher u. Co., Margarine- und Speisefabrikanten von G. Söldner u. Co., Mohr u. Co., Düring Hof und Verein Deutscher Desinfektions-, Kaffeeurogrotfabrik Hilo u. von Höfen, Eisfabriken der Gesellschaft für Markt- und Kühlhallen und Dachpappenfabrik Faberoid-Becke (G. m. b. H.). Die einzige Firma, die ein Einhalten des Arbeiterauswärtigen auf Gewährung einer Leihzulage ablehnte, waren die Arbeit- und Gummiwerke H. S. Calmon. Unter der Zulage für die Zeit der Kriegserhaltung bewilligten sechs der genannten Firmen für 177 Beschäftigte eine dauernde Lohnerhöhung von 0,60 bis 2 Mk. die Woche.

In der überwiegenden Mehrzahl der genannten Fälle erfolgte die Zulagenbewilligung auf Grund schriftlicher Eingaben der Betriebsleitung. Bei einigen Firmen wurden nach vorheriger Beratung mit der Betriebsleitung die Arbeitsauswärtigen vorstellig, und einige machten Zugeständnisse nach Veröffentlichung der bewilligten Zulagen in der Tagespresse. Trotz des amerikanischen Entgegenkommens einzelner Firmen reichten die Zulagen nur zu einem kleinen Teil zur Befreiung der Spannung zwischen Arbeit und Arbeitgeber und weiterer Lebenshaltung aus.

Unser Tarifvertragsverhältnis wurde durch den Krieg insofern beeinflusst, als einige Firmen versuchten, der Arbeiterbewegung die vereinbarten Forderungen nicht zu gewähren. In allen Fällen genügt aber ein Schreiben der Betriebsleitung, um die Firmen von ihrer kontraproduktiven Regelmäßigkeit abzuhalten. Die zum Ablauf kommenden Tarife werden überall stillschweigend verlängert. Am Jahresabschluss fanden wir mit 23 Einzel-Firmen und einer Unternehmerorganisation im Tarifvertragsverhältnis, das in ein Firmenkartell weniger als 1914. Der Bedarf betrifft die Firma G. Söldner (Spezialwaren), die sich von die vertraglichen Beziehungen nach Kriegsausbruch nicht mehr hielt und alle Forderungen der Betriebsleitung zu einer Verständigung mit überprüfungsbedürftigen Maßnahmen begehrt. Zwei Tarifverträge haben ihre Daseinsbedingungen verloren: die Margarinewerke Siederwurm u. Co. zu Anfang und die Heringswerke G. Flügler bis zur Mitte des Jahres. In den noch arbeitenden Tarifverträgen ist die Zahl der Beschäftigten erheblich zusammengeschwunden. Am Jahresabschluss arbeiteten darin 1115 männliche und 481 weibliche Personen gegen 2307 männliche und 683 weibliche kurz vor Ausbruch des Krieges.

Die Mitgliederbewegung und die Agitation wurden durch die wirtschaftlichen und psychischen Kriegsvorgänge ungünstig beeinflusst. Mit 5270 männlichen und 1252 weiblichen Mitgliedern stehen wir in das Jahr 1915 ein. Trotz der vorhandenen Hemmnisse und Schwerezeiten gelang es im Laufe des Jahres, noch 597 männliche und 109 weibliche Mitglieder zu gewinnen. Am Jahresabschluss konnten wir trotzdem nur noch 3199 männliche und 975 weibliche Mitglieder aufweisen. Der Abgang an männlichen Mitgliedern beträgt demnach 2071. Von diesen 2071 sind im Laufe des Jahres 1689 zum Wehrdienst eingezogen worden, mühen in ein einzelner Abgang von 979 männlichen Mitgliedern zu bezugslosen, darunter 169 Abgänger und 49 Verstorbene. Der Abgang der weiblichen Mitglieder beträgt 336, darunter 23 Abgänger und 10 Verstorbene. Es beharrlich und ununterbrochen die Forderungen dieser Mitglieder zu haben wir es leider mit einer in jedem Jahre wiederkehrenden Erscheinung

zu tun. Als besondere Ursachen konnten im verflochtenen Jahre hinzu kommen die enorme Verteuerung und zweitens der mäßige Beschäftigungsgrad bzw. das fast gänzliche Stilllegen großer Betriebe der für uns zufälligen Industriezweige. Außer den schon genannten gänzlich geschlossenen Betrieben beschäftigten z. B. die Rhein-Wald-Hamburger Gummiwaren-Fabrik (Gummiwaren), hauptsächlich Kammfabrik) zurzeit noch 40 Personen gegen etwa 1000 in normalen Zeiten. Das hier Gelagte trifft auch für die Margarine-, Speisefabrik, Mineralöl-, Farben-, Lack- und Seifenindustrie zu. Nicht zu vergessen sind der fortwährende Wechsel und Mangel geeigneter Betriebsvertrauenspersonen und das Einbringen weiblicher Arbeitskräfte in die von den Männern verlassenen Arbeitsplätze.

Mögen sie noch in der Heimat gebliebenen Kollegen, besonders aber unsere Kollegen, aus dem vorkrieglichen Abschnitt die richtige Lehre ziehen und mit verdoppelter Eifer, trotz der einschneidenden Schwierigkeiten in den Betrieben und Bezirken am Ausbau unserer Zahlstelle arbeiten. Das liegt nicht nur in ihrem ureigenen Interesse, sondern das sind wir in erster Linie unsern 3925 im Wehr stehenden Kollegen schuldig, deren heißer Wunsch ebenfalls die Erhaltung unserer Organisationen ist. Nach den uns bis zum Jahresabschluss gewordenen Meldungen sind leider schon 200 Kollegen unserer Zahlstelle dem blutigen Völkerringen zum Opfer gefallen.

Der Mitgliederbewegung entsprechend gestaltete sich der Umsatz an Beitragsmarkten. Er betrug im 1. Quartal 64 029 Stück, im 2. Quartal 53 233 Stück, im 3. Quartal 55 043 Stück, im 4. Quartal 43 726 Stück. Trotz des ungünstigen Beschäftigungsgrades in den für unsern Verband zufälligen Industriezweigen gestaltete sich von Anfang des Jahres an der Arbeitsmarkt für männliche Personen infolge der Einziehungen immer günstiger. Offene Stellen konnten teilweise nicht besetzt werden. Dagegen ist bei den Arbeiterinnen gegenwärtig die Zahl der Beschäftigungslosen trotz Einziehungen in Berufe, in denen vor Ausbruch des Krieges nur Männer beschäftigt waren, noch immer groß. Dieses Faktum läßt sich leider nicht zahlenmäßig erfassen, geht aber aus dem Anstieg zu den Arbeitsnachweiser unabweislich hervor.

Interessant ist eine Gegenüberstellung der beiden letzten Quartale der Jahre 1914 und 1915, soweit die Zahl der gemeldeten Arbeitslosenfälle, der Arbeitslosentage und der zur Unterstützung gelangten Arbeitslosenunterstützung in Frage kommt.

	Arbeitslos gemeldet		Arbeitslosentage		Ausgezahlte Unterstützung	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
1914	2415	629	56 025	21 587	48 385 Mk.	8097 Mk.
1915	155	76	1 256	1 737	772	

Außer der Arbeitslosenunterstützung, die für 1915 insgesamt 15 201,60 Mk. beträgt, wurden noch vom 1. März an bis 31. Dezember 20 490,75 Mk. an Krankenzulagen ausbezahlt. In die Familien der Kriegsteilnehmer wurden auf Rechnung der Hauptkasse einbezahlt der Wehrnachschube 12 784 Mk. zur Auszahlung gebracht. Für die ausgewiesenen arbeitslosen Mitglieder wurden in der ersten Hälfte des Jahres noch 3 183,50 Mk. an freiwilligen Beiträgen geleistet. Insgesamt (mit 1914) wurden für diesen Zweck 9531,50 Mk. ausgebracht.

Die Kriegsvorgänge erforderten aber von den hiesigen Mitgliedern erhebliche finanzielle Opfer. Unser Gewerkschaftsamt, dessen finanzielle Samierung durch den Kriegsausbruch unmöglich gemacht wurde, bemühte man in erheblichem Maße der Beschäfte. Ein Beitrag des Gewerkschaftskartells, vom 1. Juli 1915 an statt 5 Pf. pro Quartal und Mitglied 3 1/4 Pf. an das Gewerkschaftsamt einzubringen, machte eine Erhöhung des Sozialbeitrages von 15 auf 20 Pf. für männliche, und von 7 1/2 auf 10 Pf. für weibliche Mitglieder notwendig.

Trotz der Verteuerung beharrte die am 28. April abgehaltene Generalversammlung durch Annahme dieses Antrages gegen eine Stimme, daß sie sich der auf ihr ausstehenden Verantwortung wohl bewußt war.

Beim wir nun noch erwähnen, daß der Bestand unserer Sozialkasse fast ausschließlich in diesem vollen Kriegsjahr noch gewachsen ist, aber immer noch 79 806,24 Mk. beträgt, gegen 93 131,69 Mk. zu Beginn des Jahres, so können wir uns am Orte verheben sowie die im Jahre stehenden Mitglieder erleben, daß die lange Dauer des Krieges uns noch nicht erschöpft hat.

Eine notwendig gewordene, einschneidende Verwaltungsmaßnahme soll nicht unerwähnt bleiben. Durch die Verteuerung eines Teils der angefallenen Kasse und der Mitglieder wurden nach und nach die bestehenden 11 Kassenbezüge in 8 eingekürzt. Diese 8 Bezüge werden vom 1. Dez. 1915 an durch 4 Kassabehälter abgewechselt alle 14 Tage kassiert. Von einer verteilungswirksamen Anstellung von Kassabehältern wurde infolge Mangel an geeigneten Kandidaten Abstand genommen. Von den 17 Angehörigen der Zahlstelle befanden sich am Jahresabschluss 8 im Wehrdienst (Hof, Bunge, Stropffel, Hof, Timmermann, Oprecht, Zornig, und Ahrens), die drei erkrankten, haben in den letzten Monaten und noch in der Zahlstelle tätig, davon waren noch zwei eingezogen worden. Ein angefallener Kassale (Bureauarbeiter Böttcher) ist in der Mitte des Jahres durch Tod ausgeschieden. Von den bei Ausbruch des Krieges vorhandenen Ortsverwaltungsratsmitgliedern wurde Kassale G. Wiede sofort und die Kollegen P. Schöler, G. Kieckler, H. Behrens, H. Pöhl, Hof, Wagnitz und E. Schulz nach und nach eingezogen. Die ersten fünf haben im Jahre. Mit den 200 bis zum Jahresabschluss gemeldeten Gefallenen belegen wir auch unser Jahr ein tragisches Geschick. Die Ortsverwaltungsratsmitglieder sind im Laufe des Jahres durch Tod ausgeschieden. Von den bei Ausbruch des Krieges vorhandenen Ortsverwaltungsratsmitgliedern wurde Kassale G. Wiede sofort und die Kollegen P. Schöler, G. Kieckler, H. Behrens, H. Pöhl, Hof, Wagnitz und E. Schulz nach und nach eingezogen. Die ersten fünf haben im Jahre. Mit den 200 bis zum Jahresabschluss gemeldeten Gefallenen belegen wir auch unser Jahr ein tragisches Geschick.

Ein Gedanke ist es vor allem, der besonders die in Heimatsland kämpfenden wie die zu Hause wirkenden Mitglieder beherzigt, nämlich der Gedanke, recht bald wieder vereint in unserer Organisation zum Zwecke der Rettung wirken zu können. Das sagen uns die vielen Briefe von der Front immer aufs neue. Wäge der Tag nicht mehr aufpassen sein. Denn was uns die Gewerkschaft in dieser schweren Zeit tun und ist, das zeigen die vorkrieglichen Zeiten. Was sie was noch werden kann, das soll unser Best sein!

Hamburg. Unsere Zahlstelle ist durch den Krieg sehr schwer getroffen. Die beiden Großindustrien unseres Gebietes, die Gummi- und Desinfektions, sind auf überlebensgefährliche angewiesen und haben infolgedessen jetzt mit den allerschwersten Schwierigkeiten zu rechnen. In den Betrieben der Gummi- und Desinfektionsindustrie sind nur noch in normalen Zeiten über 5000 Personen beschäftigt. Von den Gummiwerkstätten war im Jahre 1915 nur die Gummifabrik voll beschäftigt, allerdings auch nur in den letzten Wochen, die Wehrbedürfnisse herstellten. Bei Truma, in der „Galaktion“ und bei Hof u. Co. wurde mit verjüngter Arbeitszeit gearbeitet. In den Desinfektions waren nur wenige Werke in Betrieb, und auch diese nur zeitweise. Von unsern zufälligen Betrieben sind eigentlich nur zwei voll beschäftigt gewesen, das sind die Norddeutsche Chemische Fabrik und die Reichshof Gummi- und Phosphatwerke. Die kleineren chemischen Fabriken sind teilweise ganz still oder arbeiten nur wenige Tage in der Woche. Infolge trifft auf die Hauptbetriebe, die Schmirgelpapierfabrik und auf die Wätereck Papierfabrik zu. Eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt trat erst im Laufe des Jahres ein, allerdings weißens nur infolge der vielen Einziehungen zum Wehrdienst. Die Erzielung von Lohnverhältnissen war sehr erspart. Immerhin ist es uns gelungen, trotz der schlechten Verhältnisse in einigen Betrieben Zulagen durchzusetzen.

Die Norddeutsche Chemische Fabrik ging wiederum in andere Hände über. Erst 1912 hatte der „Verein chemischer Fabrikanten“ die Fabrik erworben. Diese Firma wurde bald abgelöst durch das Metallbauern, dieses wiederum durch die Scharfstein-Fabrik, A. G., vorm. Scharfstein, Hof u. Co., Radeburg-Südost. Für die Arbeiterbewegung bedeutet der fortwährende Wechsel keine Verbesserung. — Im Jahr wurden die Arbeiter vorstellig und erreichten eine Zulage von 4 Pf. die Stunde. Zu demnach kommen ungefähr 20 Wochen. Die Arbeiter am Schmirgelpapierbetriebe nur 10 Stunden bezahlt, obwohl sie länger arbeiten mussten. Auf Vorstelligkeiten erhielten die vier Mann 11 Stunden bezahlt. Weiter erhielten die Arbeiter am Scharfstein- und am Schmirgelpapierbetriebe im Januar Rodemeyer erhielten wir ein Gehalt um eine Zulagezulage ein, erhielten jedoch folgende Antwort:

„Auf Ihre Zuschrift vom 1. d. R. teilen wir Ihnen mit, daß wir Wünsche einer Arbeiterbewegung nur durch unsere Arbeiterauswärtigen entgegennehmen können.“

Dem Arbeiterauswärtigen wurde auf sein Vorbringen kein ganzer, die Arbeiter verdienen genug und Zulagenzulagen kann die Firma nicht gewähren. — Im Hoffentlich beschäftigt die Firma unsere Kriegs-

